

Abstracts

Frank Nullmeier

Wahrheit, Öffentlichkeit und Meinung

Die Konfrontation von Wahrheit und Lüge, Fakten und Fake-News in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen führt dazu, dass »Meinungen« generell als problematisch angesehen werden. Meinung ist jedoch ein zentraler Begriff für ein partizipatorisches Verständnis von Demokratie. Die Abwertung von Meinung könnte daher die Grundlagen eines inklusiven politischen Prozesses gefährden. Das Äußern einer Meinung als einer nicht umfassend reflektierten oder wissenschaftlich abgesicherten Position muss aus demokratietheoretischen Gründen weiterhin einen festen Raum in der öffentlichen Auseinandersetzung besitzen. Es wird in einem ersten Untersuchungsschritt gezeigt, dass »Wahrheit« kein verlässlicher Terminus ist und mit der Rede von »Wahrheit« ganz unterschiedliche Geltungsansprüche erhoben werden. Die Theorie der Geltungsansprüche wird weiter verfeinert, um zeigen zu können, dass sich ein großer Teil der aktuellen Debatten auf verschiedene Formen von Unwahrhaftigkeit bezieht. In einem zweiten Schritt wird der legitime Raum des Meinens näher bestimmt als ein Raum, der gerade nicht nach dem Muster von wissenschaftlichen Verfahren der Wahrheitssuche verstanden werden darf. Politische Öffentlichkeit ist danach zum einen ein Raum des Vorläufigen: Meinungen sind legitim, auch wenn sie nicht einer Gemeinwohlorientierung folgen oder emotional gefasst sind, jedoch revidierbar und einer wechselseitigen Kommunikation über gute Argumente zugänglich bleiben. Politische Öffentlichkeit ist zudem als Raum eines genuinen Erfahrungsaustausches zu bestimmen, als Sphäre, in der ausschließlich Meinungen legitim sind und diese nicht durch wissenschaftliche Diskurse ersetzt werden können. Diese Bestimmung des Stellenwerts von Meinungen zwingt zu Revisionen im Öffentlichkeitsverständnis deliberativer Demokratietheorie.

Frieder Vogelmann

Realismus statt Kritik? Eine Verteidigung radikaler Vernunftkritik

Kritik, vor allem Vernunftkritik, trifft derzeit auf zwei Gegner: Während die Befürworter eines »postkritische« Denkens Kritik als selbstgerechte Wiederholung von Entlarvungsakten zurückweisen, sehen die Diagnostiker eines »postfaktischen Ära« in ihr einen Wegbereiter »postfaktischer« Politik. Beide Gegner führen Realismus als eine von der Kritik zu respektierende Grenze an. Dagegen wird in dem Kapitel die These verteidigt, dass radikale Vernunftkritik notwendig ist, weil sie präzisere Analysen der zunehmenden Unwahrheiten in der Politik liefern, über die beide Gegner von Vernunftkritik zu Recht besorgt sind. Möglich ist radikale Vernunftkritik, wenn wir Kritik von ihren Praktiken her denken, auf einen souveränen epistemischen Standpunkt verzichten und Vernunft pluralisieren, ohne sie zu trivialisieren. Die Vorzüge einer solchen radikalen Vernunftkritik zeigen Analysen der politischen und epistemischen Funktion einiger beispielhafter politischer Unwahrheiten.

Oliver Hidalgo

Demokratie zwischen Universalität und Partikularität oder: Die normative Dimension demokratischer Antinomien jenseits der Aporien der »Wahrheit«

Demokratische Freiheit kann sich nur unabhängig von der »Autorität« der Wahrheit manifestieren und drückt sich entsprechend im Vorhandensein einer Pluralität legitimer politischer Alternativen aus. Jene radikale Offenheit macht die Herrschaft des Volkes zwar anfällig für selbstzerstörerische Prozesse, rückt sie jedoch zugleich in die Nähe einer transzendierenden Universalität, die sie ihre eigene Partikularität übersteigen lässt. Entsprechend ist zu zeigen, wie gerade die unlösbare Antinomie zwischen Universalität und Partikularität der Demokratie einen zwar paradoxen, aber gleichwohl konstitutiven Rahmen verleiht. Die hieraus zu konturierende Normativität der antinomisch verfassten Demokratie ist einerseits jenseits eines epistemologischen Wahrheitsanspruchs angesiedelt, gewährt aber andererseits dennoch eine Orientierung, die der populistischen Vereinseitigung demokratischer Prinzipien und Institutionen vorbeugt.

Oliver Flügel-Martinsen und Franziska Martinson

Befragung der Wahrheit. Wahrheitsskepsis und radikale Demokratietheorie

Gemäß Michel Foucault brechen wahrheitsskeptische Ansätze keineswegs mit der kritischen Denktradition der Aufklärung, sondern radikalieren diese insofern, als sie auch deren eigene Rationalitätsannahmen in die Bewegung einer kritischen Befragung einbeziehen, die ein wesentliches Merkmal von Aufklärungsphilosophien ist. Versteht man mit Foucault soziale Sinn- und Wahrheitsordnungen als Diskurse, die ihre epistemischen Gewissheiten hegemonialen Machtkonstellationen verdanken, dann lassen sich diese Gewissheiten einer genealogischen Befragung unterziehen, die an die Stelle der von ihnen oftmals behaupteten Stabilität oder gar überzeitlichen Gültigkeit deren kontingenztheoretisch zu fassende Gewordenheit als Ergebnis sozialer und politischer Kämpfe um Deutungshoheit hervortreten lässt.

Wahrheitsskeptische Ansätze haben sich als wichtiges Paradigma in kritischen Disziplinen wie Gender, Postcolonial und Cultural Studies etabliert. Nachdem sie über einige Jahre hinweg teils erfolgreich die Rolle der erkenntnistheoretischen Avantgarde beansprucht haben, steht die postessentialistische Wahrheitsskepsis, wie sie für viele Ansätze radikaler Demokratie kennzeichnend ist, jedoch seit jüngerer Zeit wieder verstärkt unter Verdacht. Der Beitrag setzt sich mit der Bedeutung auseinander, die Wahrheit und Wahrheitsskepsis im radikaldemokratischen Diskurs zukommt. Hierzu wird die Struktur des erkenntnistheoretischen und des auf ihm aufruhenden politisch-normativen Verdachts skizziert, der gegenüber wahrheitsskeptischen Positionen artikuliert wird, und die Stellung einer Kontingenztheorie der Wahrheit im radikaldemokratischen Denken rekonstruiert. Im Lichte von Foucaults Überlegungen zur *parrhesia* («Redefreiheit», «Freimütigkeit» oder «Wahrsprechen») wird schließlich aber auch ein blinder Fleck kritisch reflektiert, den radikaldemokratische Positionen aufgrund ihrer Wahrheitsskepsis mitunter aufweisen.

Lucas von Ramin

Politiken der Wahrheit: normative Probleme postfundamentalistischer Theoriebildung

Dass es um »die Wahrheit« schlecht steht, ist in den letzten Jahren mehrfach diagnostiziert worden. Während in einem breiten öffentlichen Diskurs, beispielsweise in der Diskussion um Fake-News oder dem »March for science«, ein Hang zu subjektiven Erfahrungen und Falschinformationen problematisiert wird, wird in den Geistes- und Sozialwissenschaften immer wieder betont, Wahrheit als Produkt sozialer Konstruktion aufzufassen. Während die eine Perspektive vor einem Relativismus warnt, sieht die andere Perspektive in der Gesellschaftsabhängigkeit Chancen zur Politisierung. Für beide Stellungnahmen haben sich »Postismen« gefunden die jeweils unter dem Postfaktischen und dem Postfundamentalistischen firmieren.

Die Gleichsetzung der eben genannten Begriffe wird vor allem aus Richtung der »linken« Sozialphilosophie kritisiert. Die Verkürzung zum Relativismus würde den aufklärerischen Impetus des Postfundamentalismus und dessen Potenzial verkennen. Bei allen internen Differenzen ist der gemeinsame, normative Konsens sowohl von Theorien des »Postfundamentalismus« als auch des »Politischen« oder der »Radikaldemokratie«, dass eine auf »Wahrheit« gründende Politik beschränkende, ausgrenzende und antidemokratische Wirkungen, eine Schwächung von Wahrheitsansprüchen dagegen potenziell befreiende Effekte hat. Dabei geben aktuelle Entwicklungen Gründe, den Zusammenhang von Wahrheitskritik und Emanzipation infrage zu stellen. Gerade in den letzten Jahren ist ein verstärktes Aufkommen von rechtspopulistischen Bewegungen wahrnehmbar, die intuitiv mit der postfundamentalistischen Idee von Befreiung in Konflikt stehen.

Der Artikel diskutiert anhand der Arbeiten Oliver Marcharts zwei Motive der Wahrheitskritik im postfundamentalistischen Denken und thematisiert anschließend deren Grenzen. Die These ist, dass eine normative Überbewertung von Wahrheitskritik, Politisierung und Befreiung auch auf Performanz reduzieren kann.

Eva Marlene Hausteiner

Zwischen Welterklärung und Fake News: Digitalisierte Verschwörungserüchte und die Unterminierung von Wahrheit in der Demokratie

Trotz einer aktuell gestiegenen Aufmerksamkeit für Verschwörungstheorien und ihre Verbreitung im Internet gehen öffentliche Debatte und Forschung häufig von einer zu engen, Kohärenz und Sinnstiftung betonenden Konzeption von Verschwörungstheorien aus. Anders als etwa die Behauptung über die Existenz einer jüdischen Weltverschwörung sind aber aktuell zunehmend solche Verschwörungserüchte im Umlauf, die kein stimmiges Narrativ anbieten und keinen konsistenten Wahrheitsanspruch erheben. Die Entstehung, Verbreitung und Wirksamwerdung dieser neueren Verschwörungserüchte hat ihre Ursache nicht zuletzt in der technologischen Transformation durch digitale Kommunikation. Der Beitrag grenzt diese neueren Formen des Verschwörungsdenkens konzeptionell von »klassischen« Verschwörungen ab und untersucht ihre Implikationen für demokratische Kohäsion unter Bedingungen einer postfaktischen Kultur des Zweifels.

Samuel Salzborn:

Die »Wahrheit« der Antidemokraten.

Zur politischen Theorie von Aleksandr Dugin

Aleksandr Gel'evič Dugin ist einer der einflussreichsten Intellektuellen in Russland, seine Bücher werden an den dortigen Militärakademien gelesen, medial ist er dauerpräsent – und er ist der intellektuelle *shooting star* der rechten Szene Deutschlands. Dugins theoretischer Anspruch besteht darin, eine »Meta-Ideologie der Feinde der offenen Gesellschaft« zu formulieren und sich dabei auf die »russischen Wurzeln« zu berufen. Sein Kernanliegen lässt sich in seiner normativen Dimension als antiliberal, antiwestlich, antidemokratisch, antiamerikanisch und antisemitisch klassifizieren, in seiner geopolitischen Zielrichtung als antinational, eurasisch, imperial und reichisch, in seiner historischen Grundierung als antiwissenschaftlich und mythologisch, traditionalistisch und christlich-orthodox, in seinem Menschenbild als antiindividualistisch und antipersonal sowie als religiös-kulturell und kollektivistisch.

Dugin lehnt Konzepte wie Aufklärung, Demokratie, Vernunft oder Verstand explizit ab und setzt gegen sie eine spirituelle Weltdurchdringung, die die Grundlage seiner geopolitischen Theorien bildet. Er argumentiert gegen den »Terror der Vernunft« und gegen die »klassische Rationalität«, die die Grundlage für die Suche des Westens bzw. des Atlantismus für einen liberalen Holismus sei, gegen den Dugin die Resakralisierung stellt. Dugins dezidiert antiaufklärerischer Wahrheitsbegriff bildet dabei die Grundlage für seine geopolitischen Überlegungen und kann als Blaupause für diejenigen Teile der Gesellschaft gelesen werden, die unterstellte *fake news* durch *alternative facts* kontrastieren, die ihrerseits keinen allgemeingültigen Wahrheitsanspruch mehr haben. Sie ist einer der zentralen Reaktionen auf einen von der Aufklärung inspirierten Wahrheitsbegriff und lehnt jede Erkenntnis, die durch Vernunft gewonnen wurde, ab.

Anna Hollendung

Über den Zwangscharakter von Wahrheit am Beispiel des antidemokratischen Wahrheitsbegriffs von Alain Badiou

Alain Badiou ist einer der umstrittensten politischen Philosophen der Gegenwart. Auch wenn er selbst inzwischen den Begriff der »Demokratie« für sein Denken in Anschlag bringt, gibt es gute Gründe diese Begriffsaneignung zurückzuweisen. Gerade aus einer liberaldemokratischen Perspektive handelt es sich unzweifelhaft um einen undemokratischen oder auch antidemokratischen Denkansatz. Der vorliegende Artikel beschreibt diese Diskrepanz und zeigt die Relevanz auf, die sein Wahrheitsverständnis für ein Verständnis von demokratischem Handeln birgt. Die von Badiou entwickelte Perspektive entpuppt sich dort als wertvoll, wo liberaldemokratische Erklärungsansätze an ihre Grenzen stoßen. Wahrheit bildet den Kernbegriff seines Politikverständnisses und kann leicht missverstanden werden, wenn es mit anderen Begriffen der Wahrheit verwechselt wird. Die Identifikation von Wahrheit und Politik steht in scharfen Kontrast zu Arendt, die einen Zwangscharakter der Wahrheit zum Gegenstand ihrer Überlegungen machte und infolgedessen Wahrheit gänzlich aus dem Bereich des Politischen verwies. In einer Gegenüberstellung mit Arendt werden die Spezifika seines Wahrheitsverständnisses erläutert. Durch eine Anwendung auf die aktuellen Proteste der *Fridays for Future*-Bewegung wird deutlich, welche erhellende Wirkung diese von Badiou entwickelte Vorstellung einer »Politik der Wahrheit« für ein Verständnis demokratischer Auseinandersetzungen haben kann.

Hagen Schölzel

Perspektive anstatt Alternative: Über Wahrheit und Politik, Wahrheitspolitik und wahre Politik

Die Frage nach Demokratie und Wahrheit wirft mindestens zwei unterscheidbare Probleme auf: Von Interesse können einerseits die Verhältnisse von Wahrheit und Demokratie in systematischer oder ideengeschichtlicher Hinsicht sein, und andererseits eröffnet ein zeitdiagnostischer Blick den Zugang zu Problemen der politischen Öffentlichkeit angesichts der derzeit verbreiteten Rede von »post-truth politics« bzw. eines zeitgenössischen postfaktischen Politikmodus. Der Beitrag diskutiert einige Argumente aus dem Kontext der Science and Technology Studies (STS) mit einem Schwerpunkt auf Bruno Latours Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) und ihrer Weiterentwicklung in Richtung einer Theorie der Öffentlichkeit, die zu beiden Problemen beitragen können. Ausgehend von Latours Analyse und Kritik eines spezifischen Wissensregimes der Moderne, das objektives Faktenwissen und (inter-)subjektive Werturteile unterscheidet, wird gezeigt, welche Alternative die STS bzw. die ANT anbietet, indem sie ein Denken in hybriden Operationsketten vorschlägt, das den vielfältig vermengten Akteur-Netzwerken der Praxis besser entsprechen soll als die kritisierte Matrix des modernen Denkens. Im Anschluss geht es darum, wie Latours Argumentation in eine Theorie der Akteur-Netzwerk-Öffentlichkeiten mündet, für die wissenschaftliche Wahrheit und politische Wahrheit zwei eigentümliche, allerdings gemeinsam wirksam werden sollende Formen der Veridiktion bilden.

Gundula Ludwig

Von der Wahrheit der Körper zur Wahrheit der Demokratie. Medizinische Körperpolitiken als das »Außen« der Demokratie

Aus radikaldemokratischer Perspektive kann Politik, die sich auf Wahrheit beruft, nur undemokratisch sein. Angesichts dieser Skepsis gegenüber Wahrheit verwundert es, dass Körper als einer der fundamentalen Setzungen in den Wahrheitsregimen moderner westlicher Gesellschaften bislang in radikalen Demokratietheorien nur wenig Aufmerksamkeit fanden. An dieser Leerstelle setzt der Beitrag an. Aus einer an Foucault orientierten Perspektive wird die Verwobenheit medizinischer Wahrheitsregime über Körper und der Genealogie der Demokratie in Deutschland sichtbar gemacht. Die Durchsetzung von Demokratie als Machtformation beruhte auch auf einer Verbreitung von Körperpolitiken, die maßgeblich auf medizinischen Wahrheitsregimen basierte. Ziel des Textes ist zu zeigen, dass radikale Demokratietheorie sich auch mit Körperpolitiken befassen muss, um die subtilen und immer auch durch die Körper hindurchgehenden Techniken von Macht sichtbar zu machen, die den Radius der Politik begrenzen.

Dafür nimmt der Text zwei thematisch-historische Akzentuierungen vor: 1848 und die Weimarer Republik. Die Vernaturwissenschaftlichung der Medizin, die zeitgleich zur Revolution von 1848 einsetzte, legte den Grundstein für das medizinische Wahrheitsmonopol über Körper, aus dem Wahrheiten über demokratische Teilhabe und Politik abgeleitet wurden. Auf dieser diskursiven Basis konnte die Soziale Hygiene in der Weimarer Republik zu einer zentralen wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurin werden. In der Weimarer Republik ließ sich das Projekt einer naturwissenschaftlichen Demokratie realisieren, in der über medizinische Wahrheitsregime Demokratie in der Bevölkerung verankert und die Menschen zu einem Willen zur Demokratie geführt werden konnten. Aus radikaldemokratiethoretischer Perspektive erweist sich die von den Medizinern forcierte Demokratisierung allerdings in vielerlei Hinsicht als undemokratische Machttechniken.

Floris Biskamp

Die Wahrheit ist nicht genug. Jürgen Habermas' politische Theorie kultureller Differenz und die deutsche Beschneidungsdebatte

Der Beitrag diskutiert anhand der Beschneidungsdebatte aus dem Jahr 2012 die Bedeutung von Wahrheitsansprüchen für die demokratische Aushandlung normativer Konflikte. Den theoretischen Bezugsrahmen bildet Jürgen Habermas' politische Theorie der Aushandlung kultureller Differenz. Im ersten Abschnitt wird diese Theorie skizziert und dargelegt, dass Habermas implizit eine Relevanz von Wahrheitsansprüche für die Aushandlung kultureller Differenz voraussetzt. Im zweiten Abschnitt wird argumentiert, dass die Beschneidungsdebatte zunächst als geradezu idealtypischer Fall einer Aushandlung in Habermas' Sinne erscheint: Es wurde öffentlich darüber gestritten, ob eine kulturell legitimierte Praxis von Minderheiten im Widerspruch zu universalistischen Menschenrechtsnormen steht und deshalb verboten werden muss. Dass solche Debatten geführt werden, ist so betrachtet ausgesprochen erstrebenswert. Im dritten Abschnitt wird darauf hingewiesen, dass es – gerade vonseiten der betroffenen Minderheiten – eine gegensätzliche Perspektive auf die Debatte gab: Demnach handelte es sich nicht um eine rationale demokratische Aushandlung, sondern um einen rassistisch und antisemitisch aufgeladenen Dominanzdiskurs, der besser nie stattgefunden hätte. Im vierten Abschnitt wird ein Vorschlag dafür gemacht, wie man beide Perspektiven zusammenführen kann: Indem man einige Motive aus Gayatri Spivaks postkolonialer Repräsentationskritik in Habermas' Theorie einbezieht. So kann man festhalten, dass es insgesamt erstrebenswert ist, wenn über normative Konflikte öffentlich gestritten wird. Man sieht jedoch auch, dass dieser Streit in einer systematisch verzerrten Weise vonstattengehen kann und dann keine demokratisch legitimen Ergebnisse produziert, sondern illegitimer Herrschaft einen Anschein von Legitimität verleiht. Sucht man nach Kriterien, um eine demokratische von einer dergestalt verzerrten Debatte zu unterscheiden, ist die Einlösung von Wahrheitsansprüchen ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium.

Dominik Klein & Johannes Marx

*Die epistemische Qualität demokratischer Entscheidungsverfahren.
Interaktionseffekte zwischen eigennützigen, individuellen Überzeugungen
und der epistemischen Qualität kollektiver Entscheidungen.*

In der Literatur finden sich zahlreiche Hinweise, dass die Versorgung mit öffentlichen Gütern in demokratischen Regierungssystemen besser funktioniert als in autokratischen Alternativen. Klassischerweise wird diese Beobachtung durch Unterschiede in den Anreizstrukturen demokratischer und autokratischer Entscheidungsverfahren erklärt (vgl. de Mesquita et al. 2005; Olson 2000). Der vorliegende Beitrag diskutiert eine weitere Erklärung für Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Regierungstypen. Aufbauend auf die Debatte zur epistemischen Rechtfertigung demokratischer Entscheidungsverfahren (siehe Estlund 2000, Estlund und Landemore 2012, 2018) analysieren wir, ob demokratische Regime auch einen institutionell bedingten epistemischen Vorteil haben. Wir untersuchen diese Frage mit Hilfe eines Modells, in dem Akteure vor der Aufgabe stehen, das optimale Niveau öffentlicher Gütern zu bestimmen. Es gilt für die Akteure also, den optimalen Steuersatz zu schätzen. Wir implementieren dieses Modell in eine agentenbasierte Computersimulation und analysieren, wie gut es Akteuren innerhalb von zwei idealtypisch verfassten, politischen Systemen (Demokratie und Autokratie) gelingt, diese Aufgabe zu lösen. Die resultierenden Ergebnisse erlauben uns, die epistemische Qualität von demokratischen und nicht-demokratischen, kollektiven Entscheidungsverfahren zu vergleichen. Wir finden erstens einen positiven Effekt der epistemischen Vielfalt großer Gruppen, die in demokratischen Entscheidungsverfahren zur Geltung kommt (für ähnliche Ergebnisse im Gebiet wissenschaftlicher Gemeinschaften siehe Zollman 2010, O'Connor und Bruner 2019). Zweitens zeigt sich überraschenderweise, dass demokratische Entscheidungsverfahren am besten abschneiden, wenn die Bürger auch ihre eigenen Bedürfnisse priorisieren und kommunizieren, anstatt in ihren Interaktionen mit ihren Mitbürgern lediglich das optimale Niveau des öffentlichen Nutzens aus der Sicht der Gruppe zu kommunizieren. Schließlich findet sich ein positiver Effekt von zeitlich begrenzten Deliberationsphasen auf die epistemische Qualität kollektiver Abstimmungsergebnisse.